



Radikale Mitte

Parteien Die AfD wächst zu einer neuen Volkspartei heran, sie vernetzt sich in den Sicherheitsbehörden, der Bundeswehr und den Medien.

Was tun mit einer Bewegung, die in Teilen den demokratischen Konsens aufkündigt?



Jeden Monat stehen sie da, für drei Stunden, gleich neben dem Blumenverkäufer. Vier Leute, ein Tisch, ein Sonnenschirm, ein blaues AfD-T-Shirt hängt daran mit der Aufschrift: «Niemand ist perfekt, doch als Brandenburger ist man verdammt nah dran.» Ein Wochenmarkt in Woltersdorf, 40 Autominuten von Berlin entfernt, Kathi Muxel, die Kreisvorsitzende der AfD Oder-Spree, sagt: «Wir sind die Einzigen, die da sind, auch wenn keine Wahl ansteht. Das honorieren die Bürger.»

Mehrmals in der Woche spannen die AfD-Leute ihren Sonnenschirm irgendwo im Landkreis auf, manche nehmen dafür Urlaub, andere sind selbstständig und können sich ihre Arbeitszeit selbst einteilen, und dann warten sie, bis die Leute kommen, und die Leute kommen immer, und dann reden sie. Über den Ärger mit teuren Straßenlampen in Neuzelle, über den geplanten Umzug des Wertstoffhofs in Erkner, über die «Verlogenheit der Bundesregierung», die von einer Hetzjagd in Chemnitz spreche, obwohl es doch gar keine Hetzjagd gegeben habe.

Ständig da zu sein, zu reden, zu hören, das war ihr Rezept auch schon im Bundestagswahlkampf. 22,1 Prozent der Zweitstimmen haben sie hier geholt und lagen damit nur knapp hinter der CDU. Da mag der Wahlkreiskandidat Alexander Gauland eine Rolle gespielt haben. Entscheidend aber ist die Nähe zum Bürger, die am östlichen Rand Brandenburgs sonst keine Partei so intensiv pflegt wie die AfD. Sie ist fest verwurzelt, nicht nur in der ostdeutschen Provinz, sondern vielerorts im Land.

Politische Umbrüche kommen selten über Nacht, sie beginnen schleichend, und dann wacht man eines Morgens auf und befindet sich in einem anderen Land. Die kleine Gruppe, die sich am Abend des 6. Februar 2013 im evangelischen Gemeindezentrum Oberursel zur Gründung der «Alternative für Deutschland» zusammenschloss, ahnte ja selbst nicht, was sie auslösen würde: Wer hätte gedacht, dass ein pensionierter Staatssekretär, ein konservativer Feuilletonist und ein zahlenverliebter Volkswirtschaftsprofessor das Gesicht der Republik verändern würden?

Dass die AfD von Alexander Gauland, Konrad Adam und Bernd Lucke innerhalb weniger Jahre zu einer Volkspartei der eigenen Art aufsteigen würde, zumindest in Teilen Ostdeutschlands, dass sie mit fast hundert Abgeordneten in den Bundestag

* Bei «Tranermarsch»-Demonstration in Chemnitz am 1. September.

AFD-Landeschef Höcke (M.)*

Politische Umbrüche kommen selten über Nacht



Konzertteilnehmer in Chemnitz*: »Herz statt Hetze«

einziehen würde, und zwar mit dem Versprechen, von nun an die Bundeskanzlerin zu »jagen«, und dass ihre Spitzenleute, wie zuletzt geschehen, zusammen mit Rechts-extremen durch die Straßen von Chemnitz marschieren würden?

Die AfD steht für einen beispiellosen politischen Erfolg, aber auch für eine Geschichte der Radikalisierung. Wie jede neue Partei lebt die AfD vom Tabubruch, aber auf dem Weg nach rechts gibt es kein Halten. Jeder, der sich in den Weg stellte, wurde bisher überrollt. Zuerst traf es Lucke, den braven Parteichef der ersten Stunde, der von der ungleich geschickteren Frauke Petry gestürzt wurde.

Als Petry zu mächtig wurde, schob Alexander Gauland sie zur Seite, der mit seinen Tweed-Sakkos an einen freundlichen Lateinlehrer erinnert, in Wahrheit aber die wenigsten Hemmungen hat, mit dem ganz rechten Rand zu paktieren. So gesehen ist es kein Zufall, dass Gauland als Einziger schon in Oberursel dabei war und heute noch über Amt und Einfluss verfügt.

Wie kein anderer steht der Parteichef für die Doppelgesichtigkeit der AfD. Gauland, einst Staatssekretär in Hessen, wohnt in einer gediegenen Villengegend in Potsdam, kann sehr klug über die preußische Geschichte reden und dann übergangslos behaupten, die NS-Zeit sei ein »Vogelschiss« in der deutschen Historie.

»Wir sind der Pfahl im Fleische eines politischen Systems, das sich überholt hat«,

sagte Gauland diese Woche der »FAZ«. Er wolle alle aus der Verantwortung vertreiben, die das »System Merkel« mittrügen, auch in den Medien, und er forderte eine »friedliche Revolution«.

Nur: eine Revolution wogegen?

Mitte des Jahres veröffentlichten die beiden Harvard-Professoren Steven Levitsky und Daniel Ziblitt ein Buch mit dem Titel: »Wie Demokratien sterben«. Sie schreiben, dass in den Jahrzehnten seit dem Kalten Krieg freiheitliche Systeme nicht allein durch Gewalt und Militärputsche gestürzt wurden, sondern vor allem auf friedlichem Wege, über die Wahl von Politikern, die dann die Demokratie von innen aushöhlten.

Das Buch ist im Licht des Sieges Donald Trumps in den USA geschrieben, aber auch Deutschland steht vor einer Zäsur. Zum Jahresende dürfte die AfD in allen Parlamenten des Landes sitzen, sie stellt den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Bundestag, wo das Staatsbudget von 350 Milliarden Euro pro Jahr getätigt wird – und der zugleich ein Verschwörungstheoretiker ist, der den baldigen Kollaps des Euro prophezeit.

Bei der letzten Bundestagswahl war die AfD in Sachsen die stärkste Partei, im Osten hat sie inzwischen ein solches Gewicht, dass die CDU sich genötigt sieht, das zuvor Undenkbare auszusprechen, nämlich Koalitionen mit der Linkspartei.

* Bei »Wir sind die Besessenen«-Konzert am vergangenen Montag.

Die Krawalle von Chemnitz waren für die AfD ein Wendepunkt. Hier begab sich die Partei ungeniert in eine Phalanx mit Hetzern und Neonazis, marschierte der Thüringer Fraktionschef Björn Höcke Seite an Seite mit einem mehrfach vorbestraften Pegida-Hetzer durch die Stadt.

Lange war die Politik in Deutschland von der alten Polarität zwischen links und rechts geprägt. Doch diese Zeiten sind vorbei. Wichtiger scheint die Identitätsfrage, die das Parteiensystem durcheinanderwirbelt: Sahn Wagenknecht will mit der Sammlungsbewegung »Aufstehen« Wähler einsammeln, die sich mehr Sozialstaat und weniger Migranten wünschen. Das setzt die SPD unter Druck, die seit der Flüchtlingskrise schwankt zwischen Willkommenskultur und der Warnung vor Kontrollverlust. Die FDP mutierte zur Law-and-Order-Partei. Und CDU und CSU werden ohnehin nur noch von der Angst vor dem Machtverlust zusammengehalten. Die Einzigen, die von der neuen Unübersichtlichkeit profitieren, sind die Grünen – und die AfD.

Wie also umgehen mit einer Partei, die so hingebungsvoll gegen den Mainstream wettert und sich gleichzeitig breitmacht in der Mitte der Gesellschaft, in den Amtsstuben, der Bundeswehr, den Medien und der Kulturwelt?

Sollte man sie bekämpfen, als Gefahr für die Demokratie? Oder zeigt die AfD nur, wie lebendig das politische System der Republik ist?

Der Marsch durch die Institutionen

Zu den Paradoxien der AfD gehört, dass sie wie keine andere Partei gegen das System wettert und dennoch mit ihren Anhängern fest dort verankert ist. Gerade unter Bundespolizisten, die das Chaos im Flüchtlingsjahr 2015 am heftigsten zu spüren bekamen, dürften viele Beamte für die These vom Kontrollverlust empfänglich sein. Der Präsident der Bundespolizei, Dieter Romann, gehört zu den schärfsten Kritikern der Kanzlerin, selbst in größerer Runde macht er aus seiner Meinung keinen Hehl.

Zehn aktive und ehemalige Polizisten sitzen für die AfD in den Parlamenten. Da gibt es den Hauptkommissar Martin Hess. Er bildete früher Polizisten in Böblingen aus und ist heute AfD-Vertreter im Innenausschuss des Bundestags. Oder Wilko Möller, Beamter der Bundespolizei, der einst für das Bundeskriminalamt und das Kanzleramt arbeitete und nun im Landesvorstand der AfD Brandenburg sitzt.

Einer, der wortgewaltig die Brücke zwischen dem rechten Rand und der Polizei schlägt, ist Rainer Wendt, der Chef der 94.000 Mitglieder starken Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG). Wendt gibt nicht nur der rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« gern Interviews, sondern äußert sich auch im »Compact«-Magazin, einem Pflichtblatt der extremen Rechten.

Bei der »Grenzschutzkonferenz« von »Compact« Ende September in München wird nicht nur ein Frontmann der rechts-extremen Splittergruppe Identitäre Bewegung (IB), Martin Sellner, auftreten, sondern auch Polizeihauptkommissar Richard Graupner, der für die AfD in den Bayerischen Landtag einziehen will.

Gewerkschaftschef Wendt selbst hat keine Hemmungen, Wortschatz und Ideologie der Rechten zu übernehmen, wenn er etwa erklärt, dass machohaftes Verhalten junger Muslime »fast zu den genetischen Grundbausteinen dieser Kultur« gehöre. 2016 besuchte der Gewerkschaftler die Fraktion der AfD im sächsischen Landtag. Deren Vertreter verkündeten danach erfreut: »Die DPoIG und die AfD streiten in sehr vielen Punkten für dieselben Ziele.«

Auch unter Soldaten der Bundeswehr dürfte die AfD überdurchschnittlich viele Anhänger haben. Belastbare Zahlen existieren zwar nicht – die Bundeswehr ist parteipolitisch neutral und darf politische Vorlieben ihrer Angehörigen nicht abfragen. Allerdings: Fast 90 Prozent der Soldaten sind Männer, darunter überdurchschnittlich viele Ostdeutsche und Russlanddeutsche. In allen drei Gruppen ist die AfD besonders stark vertreten.

Für den Einfluss der Rechten bei der Bundeswehr gibt es noch ein Indiz: Von insgesamt 219 männlichen AfD-Abgeord-

neten in Bund und Ländern haben mehr als 13 Prozent einen militärischen Hintergrund. Allein im Bundestag sind es fast 20 Prozent. Entweder dienten die Parlamentarier zuvor als Berufs- oder Zeitsoldaten, oder sie sind Reserveoffiziere.

AFD-Vizechef Georg Pazderski ist pensionierter Oberst im Generalstab, und auch die Fraktionsvorsitzenden von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz sind Ex-Soldaten.

Bei der offiziellen Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag des Bundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge erschien am 19. November im Reichstag vier Abgeordnete der SPD, fünf der Union, jeweils einer von Grünen und Linken – aber 38 Parlamentarier der AfD.

Nach außen geriert sich die AfD deshalb gern als Bundeswehrpartei, doch ihre politische Durchschlagskraft in Militärfragen ist überschaubar. So bat das Verteidigungsministerium Ende Mai die Bundeswehr-Experten des Haushaltsausschusses ins Ministerium. Für die AfD erschien der Abgeordnete Martin Hohmann, der 2004 nach einer Rede voller antisemitischer Klischees aus der CDU ausgeschlossen worden war.

Hohmann stellte nur drei Fragen: Warum die Europafahne in der Mitte der Bühne des Saales stehe und nicht die deutsche? Sein grüner Kollege Tobias Lindner hielt ihm einen Kurzvortrag über die Flaggenordnung. Sodann bemängelte Hohmann die Anrede »Soldatinnen und Soldaten«, Antwort von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen: »Sie, Herr Abgeordneter, wollen ja auch nicht als Frau Abgeordnete Hohmann angesprochen werden.« Schließlich trieb den AfD-Mann die Frage um, ob es die Fallschirmjäger in Albstadt noch gebe, denn dort habe er früher gedient. Antwort: Ja, es gibt sie noch.

Hohmann verstummte. Er hatte keine weiteren Fragen.

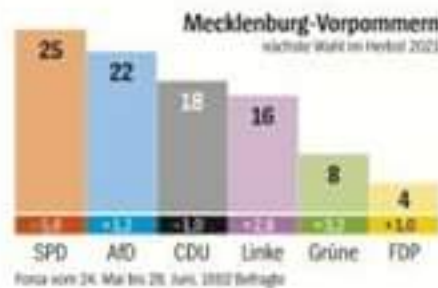
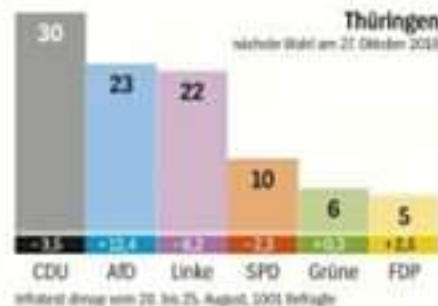
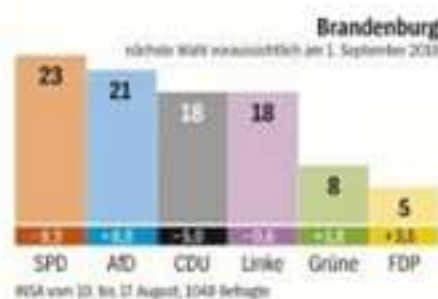
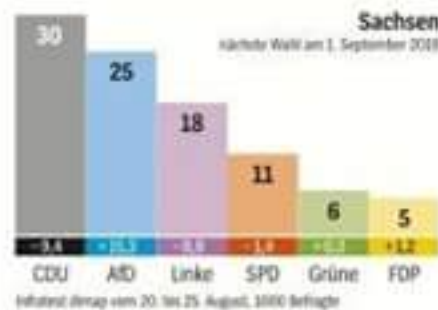
Schrittweise dringt die AfD auch in Gremien vor, deren Waffen viel wirkmächtiger sind als die einer Armee: die Medien und die Kulturwelt. Als drittgrößte Fraktion hat die AfD Zugang zu einer Vielzahl von Gremien, vom Holocaust-Mahnmal bis zur Stasi-Unterlagenbehörde. Bei der Wahl ihrer Vertreter scheint die AfD mitunter gezielt provozieren zu wollen. Etwa wenn sie ihre Abgeordnete Nicole Höchst, die Homosexuellen eine besondere Neigung zur Pädophilie unterstellt, für das Kuratorium der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld benennt – eine Organisation, die gegen die Diskriminierung Homosexueller arbeitet.

Am wichtigsten ist der AfD aber wohl der Zugang zu den öffentlich-rechtlichen Medien, denn hier vermutet die Partei ihre größten Gegner. AfD-Vertreter sitzen bereits in vier Rundfunkräten, von WDR und NDR über den Saarländischen bis zum

Sonntagsfrage

»Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Landtagswahl wäre?«

Angaben in Prozent, Veränderung zur letzten Landtagswahl in Prozentpunkten



Mitteldeutschen Rundfunk. Auch in sechs Landesmedienanstalten, die die Programme der Privatsender kontrollieren, ist die AfD eingezogen.

Doch das reicht der Partei nicht, wie Parteichef Gauland diese Woche in der »FAZ« ausführte: Leider würden viele »Leute aus den Medien« die Politik Merks mittragen. »Die möchte ich aus der Verantwortung vertreiben.«

Wer sich erkundigt, wie genau Gauland diesen Plan umzusetzen gedenkt, erhält ausweichende Antworten. »Ich habe ja nicht gesagt, dass Journalisten ganz aus Deutschland vertrieben werden sollen«, beteuert er. »Und vertreiben bedeutet ja nicht, Gewalt anzuwenden.« Doch letztlich gehe es schon darum, »das Ungleichgewicht in den Medien endlich zu unseren Gunsten zu ändern« – also um weniger AfD-Feinde und mehr Merkel-Kritiker in den Redaktionen.

Das doppelte Gesicht

Von Anfang an hatte die AfD einen schillernden Charakter, das Bürgerliche war vom Radikalen nie zu trennen, gerade das machte ja den Erfolg aus. Auf dem Demonstrationzug in Chemnitz am Wochenende zeigte sich das AfD-Milieu erstmals öffentlich in seiner gesamten Breite: Abgeordnete und Spitzenfunktionäre führten eine Kolonne an, in der Chemnitzer Bürger ebenso mitliefen wie die fremdenfeindliche Splittergruppe Pro Chemnitz, Hooligans, Neonazis und Identitäre. Das Gegenkonzert »Herz statt Hetze« mobilisierte zwei Tage später 65.000 Leute.

»Extremisten und Gewalttäter wollen wir nicht in unseren Reihen«, hatte Björn Höcke, AfD-Landeschef in Thüringen, zuvor auf Facebook geschrieben. Doch sie kamen trotzdem, wurden von der AfD geduldet und eingemeindet, und ein mehrfach verurteilter Straftäter durfte ganz vorn mitmarschieren, von Höcke herzlich begrüßt: Lutz Bachmann, Frontmann der ausländerfeindlichen Pegida-Spaziergänger, deren Logo schon den Demo-Aufruf der AfD geschmückt hatte.

Man kann sagen: Die AfD ist bunt, mit einem Stich ins Bräunliche: Sie zieht klassische Konservative und Neoliberale ebenso an wie völkische Ideologen, Extremisten und Verschwörungstheoretiker. Die Mehrzahl der Parteimitglieder dürfte zwar immer noch von einer gemäßigten konservativen Alternative träumen. Doch an den Rändern, vor allem im Osten, verschmilzt die Partei zunehmend mit dem extremistischen Milieu, und an den Schaltstellen der AfD wird dieser Prozess teils geduldet, teils befördert.

Was hilft es, wenn moderate Mitglieder wie der Hamburger AfD-Fraktionschef Jörn Kruse mit Blick auf Chemnitz klagen, es sei ein »schwerer Fehltritt«, dass seine

Partei »ganz offen gemeinsame Sache mit rechtsextremen Organisationen macht«? In Kruses Heimatstadt Hamburg besuchen auch AfD-Leute regelmäßig die »Merkel muss weg«-Demos, mischen sich unter NPD-Kameraden und Identitäre.

Diesen Mittwoch war es wieder so weit. Dennis Augustin, AfD-Chef in Mecklenburg-Vorpommern, begrüßte auf dem Hamburger Gänsemarkt knapp 200 Demonstranten, von rechtskonservativ bis rechtsextrem, mit den Worten: »Wo sollen denn die Nazis hier sein, von denen alle reden?« Da hoben drei Männer in der Menge die Zeigefinger zur Meldung: »Hier!«, riefen sie und lachten.

Für die Sicherheitsbehörden ist dieser Kessel Bunter der AfD ein delikates Problem. Der Verfassungsschutz soll prüfen, ob Parteien den Boden des Grundgesetzes verlassen und die freiheitliche Ordnung sogar bekämpfen wollen.

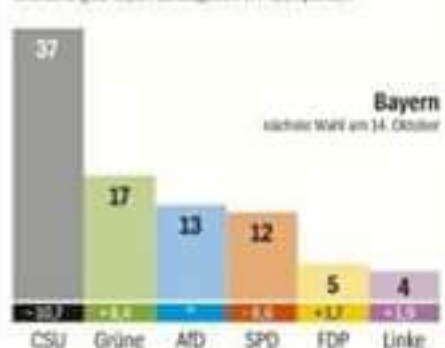
Ist dies bei der AfD der Fall?

Seit drei Jahren brandet nach jeder Skandaläußerung eines AfD-Funktionärs die Debatte auf, ob die Partei nicht ein Fall für den Verfassungsschutz sei. Etwa als der damalige Chef der Parteijugend, Markus Frohnmaier, heute Bundestagsabgeordneter, 2015 verkündete: »Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk, und nur für das Volk gemacht.«

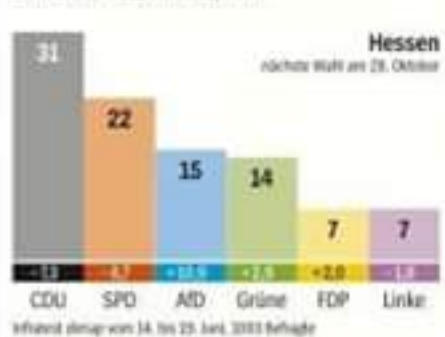
Sonntagsfrage

»Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Landtagswahl wäre?«

Angaben in Prozent, Veränderung zur letzten Landtagswahl in Prozentpunkten



Forum vom 25. Juli bis 9. August, 1200 Befragte
* AfD tritt erstmals zur Wahl in Bayern an



Infrastrukt. demop. vom 14. bis 25. Juni, 2013 Befragte

Oder als Parteichef Gauland jüngst den Holocaust als »Vogelschiss« abtat.

Im Juni 2017 kamen Vertreter von fünf Verfassungsschutzämtern bei einem Treffen in Düsseldorf zu dem Schluss, dass manche AfD-Mitglieder »zunehmend auf rechtsextremistischen Sprachgebrauch zurückgreifen«. Ein langjähriger Verfassungsschützer berichtet, dass die rechtsextreme Szene »im ständigen Austausch mit AfD-Leuten« sei: »Was wir da mitbekommen, ist schon ganz schön hardcore.«

Mit Sorge betrachten die Sicherheitsbehörden den Einfluss der »Patriotischen Plattform« (PP), einem Zusammenschluss von Rechtsaußenkräften in der AfD. In einem Papier der NRW-Verfassungsschützer, das in allen Landesämtern kursiert, wird eine bundesweite Beobachtung der AfD-Rechten gefordert. Es lägen »gewichtige Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung vor«. Im Vorstand der Gruppe saßen bekannte Überläufer aus anderen rechtsextremistischen Organisationen. »Zweck der PP ist es, mit ihrer rechtsextremistischen Agenda auf die AfD Einfluss auszuüben und damit Politik zu gestalten«, heißt es in dem Papier.

Doch die Verfassungsschützer sind sich einig, dass einzelne Sprüche nicht ausreichen, um die gesamte AfD zu beobachten.

Im März dieses Jahres beschlossen die Leiter der Landesämter deshalb auf ihrer Tagung, dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ihre Erkenntnisse über die AfD zukommen zu lassen. Auf dieser Grundlage soll über eine bundesweite Beobachtung befunden werden. Die entscheidende Sitzung ist für November geplant.

Manchen Behördenleitern geht das viel zu langsam. In dieser Woche verkündete der Thüringer Verfassungsschutz den bundesweit ersten Prüfvorgang für den dortigen AfD-Verband. Ein Anlass war explizit Chemnitz, wo die Verfassungsschützer bis zu 2500 Rechtsextremisten im AfD-»Trauermarsch« zählten. Der wichtigste Grund für Behördenchef Stephan Kramer aber: Björn Höcke, der völkisch-nationale AfD-Landeschef in Thüringen.

Seit Monaten klinge Höcke bei Auftritten zunehmend aufwieglicher, heißt es, und fordere gar Polizisten zur Befehlsverweigerung auf, da »das Volk« sie sonst nach der Machtübernahme zur Rechenschaft ziehen werde. Prüfvorgänge sind die Vorstufe zu einer geheimdienstlichen Beobachtung.

In Bremen und Niedersachsen wird neuerdings die Parteijugend Junge Alternative (JA) beobachtet, deren Übergänge zu den schon überwachten Identitären längst fließend sind. Als die Polizei jüngst die Wohnung des Bremischen JA-Vizes Marvin Merdard durchsuchte – der Verdacht: Volkerverhetzung – beschlagnahmten die Ermittler allerlei Propagandamaterial der JA.



AFD-Wahlkampfkundgebung in Bayern: Das Bürgerliche ist nicht vom Radikalen zu trennen

Die Unionsinnenminister trafen sich am Freitag, um auch das Thema AfD zu besprechen. Bayern will vorerst davon absehen, die AfD oder ihre Untergliederungen beobachten zu lassen, auch weil man das juristische Risiko als beträchtlich ansieht. »Wir wollen den AfDlern keine Märtyrerrolle geben, aber wir wollen genauer hinschauen«, sagt Ministerpräsident Markus Söder. Im Freistaat wird allerdings nach Behördenangaben schon eine »niedrige zweistellige« Zahl einzelner AfD-Aktivistinnen beobachtet.

Die Landesämter preschen wohl auch deshalb vor, weil ihnen ein abgestimmtes Vorgehen mit dem Bund zu lange dauerte. Einige Verfassungsschutzpräsidenten argwöhnen, dass BfV-Chef Hans-Georg Maaßen die AfD-Beobachtung hintertreibe. Schon bei der Entscheidung, die Identitären ins Visier zu nehmen, habe man »ihn zum Jagen tragen« müssen, sagt ein Landesleiter. Manche vermuten, Maaßen hege heimlich Sympathien für die AfD. Beamte, die ihn länger kennen, bestreiten dies.

Zu diesen Gerüchten dürften die Treffen des BfV-Chefs mit der damaligen AfD-Vorsitzenden Frauke Petry beigetragen haben. Dass er die AfD beraten habe, verneint der Behördenchef zwar vehement. Doch Parteichef Gauland schwärmte gegenüber Parteifreunden von der Unterstützung Maaßens. Vor ein paar Monaten etwa gab es Gerüchte, ein AfD-Fraktionsmitarbeiter sei ein russischer Spion. Maaßen ließ den Mann prüfen und gab Entwarnung – für

seine Aufsicht im Ministerium keine »gängige Praxis«, aber auch kein Regelverstoß.

Dabei gibt es durchaus nachvollziehbare Gründe für die Zurückhaltung des BfV-Präsidenten: Die rechtlichen Hürden für eine Beobachtung liegen hoch. Es müssen eindeutige Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sich die »Gesamtstruktur« der Partei gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet. Rechtsextreme müssten einen »steuernden Einfluss« auf die Partei haben.

Torsten Voß, der Vorsitzende des Arbeitskreises Verfassungsschutz der Innenministerkonferenz und Hamburger Verfassungsschutzchef, nimmt zwar eine Veränderung der Partei wahr: »Wenn wir bundesweit schauen, bewegt sich die AfD eher auf die Schwelle zur Beobachtung zu. Zurzeit ist diese Hürde aber noch nicht überschritten.«

Der Weg nach oben

Der Erfolg der AfD ist eine Mischung aus günstigen Umständen, glücklichen Zufällen und geschickter Strategie. Die meisten AfD-Leute stießen ohne jegliche politische Erfahrung zu ihrer Partei, hatten zuvor weder Pressemitteilungen noch Positionspapiere verfasst, geschweige denn Interviews gegeben.

Die Medien begleiteten die Anti-Europartei von Anfang an kritisch, also konzentrierte sich schon die frühe AfD auf soziale Medien und den direkten Kontakt zur Fangemeinde. Keine AfD-Wahlkampfpausen ohne Facebook-Livestream oder

Twitter-Begleitung, keine Parlamentsrede ohne sofortige Verbreitung auf YouTube. Bohrende Fragen oder Attacks von AfD-Parlamentariern auf Abgeordnetenkollegen werden oft umgehend publik gemacht, sogar Rügen wie Erfolge vermeldet. Mancher Abgeordnete zeigt sich im Plenum höchst zivilisiert, pöbelt aber zugleich im Netz wie ein Bierkutscher. »Sorgfältig geplante Provokationen« seien Teil der Strategie, heißt es in einem Papier des AfD-Vorstandes aus dem Jahr 2017. »Je nervöser und je unfairer die Altparteien ... reagieren, desto besser.«

Die Medienabteilung der Bundestagsfraktion zählt bereits 15 Mitarbeiter, darunter ein »Recherche-Team«, das politische Reizthemen wie Chemnitz »faktensicher aufbereiten« soll, wie der parlamentarische Geschäftsführer Jürgen Braun erklärt. Den »Mainstream-Medien« traut die AfD-Anhängerschaft diese Aufgabe ohnehin nicht mehr zu. So fällt es AfD-Politikern leicht, kritische Berichte als falsch oder »hetzerisch« zu bezeichnen.

Aber natürlich ist der Aufstieg der AfD nicht ohne den Flüchtlingsherbst 2015 zu verstehen. Noch im Sommer jenes Jahres lag die AfD in Umfragen bei fünf Prozent. Die Eurokrise, die sie einst beflügelte hatte, war abgeebbt, und es schien, als bliebe die Partei nur eine Fußnote in der Geschichte der Bundesrepublik, so wie die Piraten.

Dann aber entschloss sich Merkel, die Grenzen für Flüchtlinge offen zu halten, und sie begründete ihre Entscheidung mit

Sprache In Chemnitz habe es keine »Hetzjagd« gegeben, sagt der sächsische Ministerpräsident und stellt sich gegen die Kanzlerin. Hat er recht?

Eine Scheindebatte

• Vielleicht hatte der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer diese Bilder im Kopf: Jugendliche jagen drei Migranten durch die Nacht. Einer versucht, in einen Hausflur zu flüchten. Er tritt panisch eine Glasscheibe ein, ein Splitter schneidet die Beinarterie auf, der Mann verblutet.

Vielleicht also dachte Michael Kretschmer an 1999, an Guben in Brandenburg, als eine Hetzjagd von Rechtsextremisten mit dem Tod eines Verfolgten endete.

»Es gab keinen Mob, es gab keine Hetzjagd, es gab kein Pogrom in Chemnitz«, sagte der CDU-Politiker Kretschmer, erstaunlich kategorisch, in einer Regierungserklärung am Mittwoch. Er kritisierte Medien, die »besonders weit weg waren« und deshalb »besonders pauschal, hart und oft falsch« über die Chemnitzer Proteste berichtet hätten, nachdem ein Deutsch-kubaner erstochen worden war und drei Asylbewerber verdächtigt wurden. Er stellte sich gegen die Kanzlerin, ohne sie zu nennen, die von »Hetzjagden« gesprochen hatte, von »Zusammenrottungen«. Der Ministerpräsident sah sich berufen, sein Land von einem Verdacht zu befreien.

Nein, in Chemnitz trieben Rechtsextremisten niemanden in den Tod, sie jagten nicht minutenlang Flüchtlinge durch die Stadt, bislang belegen das keine Videos, keine Zeugen. Und der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, bezweifelt in »Bild« sogar, dass ein im Internet kursierendes Video,

in dem ein Glatzkopf zwei Migranten verfolgt, authentisch ist. Es gibt also Gründe, das symbolisch aufgeladene Wort der Hetzjagd nicht zu verwenden, um zu schildern, was in Chemnitz geschah. Der SPIEGEL hat es in der Titelgeschichte der vorigen Ausgabe bewusst nicht benutzt.

Man kann auch darüber streiten, wann das Wort Pogrom angemessen ist. Es beschreibt eine gewaltsame Ausschreitung gegen Menschen, die einer abgrenzbaren gesellschaftlichen Gruppe zugehören. In Chemnitz pöbelten Rassisten gegen Flüchtlinge und verletzten einige. Es ist nicht falsch, von einem Pogrom zu reden. Zugleich ist das Wort mit Bildern verbunden, die 80 Jahre alt sind und sich schwer zum Vergleich eignen.

Die Diskussion über die Wahl der richtigen Worte ist wichtig, sie beschäftigt Journalisten jeden Tag. Sie darf aber nicht eine viel wichtigere Diskussion verdrängen: über die Ursachen des Hasses, der in Chemnitz offenbar wurde, über die Gewalt, Hitlergrüße, Naziparolen, über die Angriffe, die es gab, über das strukturelle Problem, das Sachsen mit dem Rechtsextremismus hat.

Michael Kretschmer sprach erstaunlich deutliche Worte: »Ich bin der festen Überzeugung, dass Rechtsextremismus die größte Gefahr für die Demokratie ist.« Doch statt den Gedanken zu vertiefen, lenkte er davon ab, indem er die Frage nach den richtigen Worten stellte. Damit steht er in

schlechter Tradition: Als im August 2007 im sächsischen Mügeln rund 50 Frauen und Männer 8 indische Besucher eines Stadtfestes gejagt hatten, wehrte sich der damalige Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) dagegen, den Überfall »Hetzjagd« zu nennen. »Es gab keine Hetzjagd in Mügeln«, sagte Milbradt, »sondern auf Mügeln und die Mügeln«. Die Angst vor einem schlechten Image zählte mehr als die Todesangst, die jene 8 Inder verspürt haben müssen, als sie in einer Pizzeria ausharrten und der tobende Mob die Tür mit einem Gullydeckel einwarf.

Kretschmers Scheindebatte, ob bewusst gesetzt oder nicht, funktioniert: Schon fordert eine Petition im Internet Angela Merkel auf, ihre Sätze zu belegen. Einer der Initiatoren ist Werner Patzelt, der Politikwissenschaftler, der gern den Menschen Pegida erklärt. Schon sehen sich AfD und rechte Gruppen in der Opferrolle. Schon geht es nur noch um die »Hetzjagd«, nicht um die anderen Worte, die in Chemnitz fielen: »Kanaken«, »Schlagt den Roten die Schädeldecke ein«, »Wir sind die Fans – Adolf-Hitler-Hooligans«.

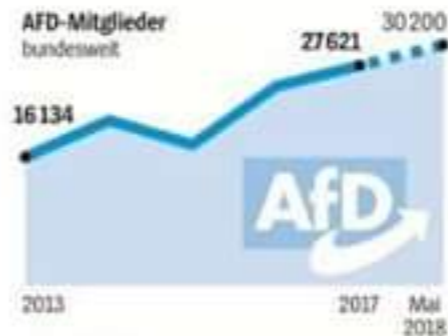
Um zu verstehen, um was es eigentlich gehen sollte, kann man sich die Videos im Internet ansehen. Wenn es aus Hunderten Männerkehlen grölt: »Raus, raus, raus, Ausländer raus«, wenn Demonstranten Migranten »Elendes Viehzeug« zurufen, wenn sie »Für jeden toten Deutschen einen toten Ausländer« fordern, wenn Journalisten bei ihrer Arbeit angegriffen und Flüchtlinge attackiert werden – wie soll man das dann nennen?

Es lässt sich lange darüber streiten, ob es sich in Chemnitz um eine »Hetzjagd« handelte, um »Ausschreitungen« oder um einen »Protest«. Worum sich nicht streiten lässt: Solche Szenen dürfen in Deutschland nicht passieren.

Martin Knobbe



Im Internet kursierendes Video: Rechte verjagen zwei Menschen, die wie Migranten aussehen – authentisch oder nicht?



Quellen: Bundestag, Bundswahlleiter, Parteilisten, D. Meiermann



AFD-Gründungsteam Adam, Petry, Lucke, Gauland in Berlin 2013: »Pfeil im Fleische des Systems«

einer moralischen Dringlichkeit, die man so von ihr nicht kannte. In Westdeutschland korrespondierte Merkels Politik zeitweise mit einer Willkommenskultur, die viele Menschen zu spontanen Hilfsaktionen veranlasste, aber gerade im Osten stieß sie von Anfang an auf erbitterten Widerstand. Der Aufstieg der AfD war insofern kein Unfall, sondern, auch wenn es schmerzt, Ausdruck einer lebendigen Demokratie. Die Grünen sind in den Achtzigerjahren groß geworden, weil Union und SPD die Zerstörung der Umwelt zu lange ignoriert hatten. Die AfD stieg auf, weil Merkel den Wunsch nach Kontrolle an den Grenzen beiseitegewischt hatte.

Derzeit wird viel geschrieben über die Wahlmotive der Ostdeutschen, die meisten Interpretationen sind eher psychologisch als politisch. Immer wieder wird auf das hermetische Leben in der DDR hingewiesen, auf die Verletzungen aus der Wendezeit. Dabei ist auch eine andere Deutung möglich: Wählen viele Ostdeutsche nicht ganz rational?

Die Geschichte der Irritation-Ost begann bei den ersten freien Wahlen 1990. Die Umfragen versprachen einen Sieg der SPD. Die westdeutschen SPD-Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt waren überaus populär, und viele DDR-Bürger hatten von der Ostpolitik profitiert.

Aber eine klare Mehrheit der Ostdeutschen gab ihre Stimme 1990 erst der »Allianz für Deutschland«, dann Helmut Kohl. Bei Linken löste dies Wut aus, die in Schmähungen überging. Unvergessen ist jene Szene, in der Otto Schily auf die Frage nach den Gründen für den Wahlausgang wortlos eine Banane in die Kamera hielt.

Dabei war das Wahlverhalten – lässt man die Emotionen beiseite – komplett vernünftig. Die DDR-Bürger wollten D-Mark und deutsche Einheit, Kohl versprach beides – und hielt seine Zusage.

Doch dann begannen die Probleme beim Aufbau Ost, die Arbeitslosigkeit schnellte in die Höhe, und Kohl wurde zu einer Hassfigur.

Im Bundestagswahlkampf 1998 erkannte Gerhard Schröder seine Chance, im Osten die große Anzahl der Wechselwähler für sich zu gewinnen. Zwei Reizworte bescherten ihm denn auch einen entscheidenden Stimmenzuwachs: das Versprechen, den Aufbau Ost zur »Chefsache« zu machen. Und sein Bekenntnis zu einer auf Frieden zielenden Außenpolitik.

Seither hat die SPD wieder einen dramatischen Abstieg im Osten erlebt. Die enormen Wählerwanderungen gehen meist einher mit einer Art emotionaler Aufladung. Die eindeutige Haltung der AfD in einem einzigen Themenfeld macht ihre Attraktivität aus: Ein Teil der Ostdeutschen sieht die Partei als Garanten gegen eine multikulturelle Lebenswirklichkeit. Mehr erwarten sie nicht von der AfD.

Was tun?

Wie ratlos die etablierten Parteien im Umgang mit der AfD sind, zeigt sich daran, dass verschiedene Abwehrstrategien gescheitert sind: von Ignorieren über Imitieren bis Attackieren.

Am leichtesten dürfte das Spiel für FDP und Grüne sein – Erstere konnte durch einen asylkritischen, aber im Ton gemäßigten Kurs wieder in den Bundestag einziehen. Und Letztere sind ideologisch so weit

von der AfD entfernt, dass sie die Konkurrenz nicht fürchten müssen.

Viel schwieriger ist die Lage für die Sozialdemokratie.

Ex-SPD-Chef Sigmar Gabriel bezeichnete rechte Demonstranten als »Pack«, versuchte jedoch zugleich, mit Pegida-Anhängern »als Privatmann« ins Gespräch zu kommen. Mal kritisierte Gabriel die AfD als Partei der Abgehängten, mal warnte er davor, die Sehnsucht der Menschen nach Identität und Heimat zu unterschätzen (SPIEGEL 5/2017).

Einen ähnlichen Schlingerkurs fuhr die Union, in der noch nicht einmal die Grundfrage geklärt ist, ob die AfD nun Gegner oder Chance ist. Letzteres vertrat der CDU-Hausdemoskop Matthias Jung noch vor drei Jahren in einem Aufsatz: Neben der AfD könne die Merkel-CDU sich viel glaubwürdiger als reformfreundige Kraft der Mitte darstellen.

Der CSU dagegen war von Anfang an klar, dass der Aufstieg der AfD die Alleinherrschaft in Bayern zunichtemachen kann. Zuletzt hatte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt die Idee, seine Partei rhetorisch so weit nach rechts zu rücken, dass die AfD dies gar nicht mehr übertrumpfen kann, ohne die bürgerlichen Anhänger zu verlieren. Aber dieser Plan ging in den Wirren des Asylstreits unter, der die Union fast zerreißen sollte.

Nun herrscht allgemeine Ratlosigkeit. Für den Umgang mit der AfD ist die Frage entscheidend, ob sie sich dauerhaft an die demokratischen Regeln hält. Allein die Tatsache, dass die Partei eine unangenehme Konkurrenz für Union und SPD dar-

Rechtsradikalismus Deutsche Manager mischen sich politisch ungern ein. Nach Chemnitz legen sie ihre Zurückhaltung ab.

Die Stimme der Wirtschaft



Joe Kaeser war der erste Chef eines Dax-Konzerns, der sich ganz offen gegen Rechtspopulismus und die AfD aussprach. Noch vor den Ausschreitungen in Chemnitz hatte der Siemens-Chef getwittert: »Lieber »Kopftuch-Mädel« als »Bund Deutscher Mädel««. Gerichtet war das an die AfD-Spitzenfrau Alice Weidel. Der Rest der deutschen Konzernbosse hielt sich bisher zurück. Doch nach Chemnitz werden die Rufe nach Stimmen aus der Wirtschaft lauter. Mehr und mehr Spitzenmanager trauen sich nun, Position zu beziehen. Die Chefs der Dax-Konzerne E.ON, Thyssenkrupp und Vonovia haben sich inzwischen gegen Fremdenfeindlichkeit ausgesprochen. Auf Anfrage des SPIEGEL ziehen weitere Spitzenmanager nach.

Michael Frenzel, Ex-TUI-Chef, Präsident SPD-Wirtschaftsforum

»Viele Firmenchefs fühlen sich geehrt, mit der Bundeskanzlerin auf Reisen zu gehen. Aber Manager und Unternehmer sind als »good corporate citizen« nicht nur dem Firmeninteresse, sondern auch dem Gemeinwohl verpflichtet. Sich zum politischen Tagesgeschehen zu äußern ist für Unternehmer ungewohnt, aber die Wirtschaft muss jetzt als eine Stimme der Vernunft wahrgenommen werden. Es geht nicht um ein paar Hundert Rechtsradikale, sondern darum, dass sich Bürger aus der Mitte der Gesellschaft vereinnahmen lassen, statt sich davon zu distanzieren. Das ist beängstigend.«

Oliver Bäte, Vorstandsvorsitzender Allianz

»Die Ausschreitungen in Chemnitz sind ein Fanal, das Angst machen kann und

der Reputation Deutschlands schadet. Die Allianz verurteilt die erlebte Gewalttätigkeit gegenüber Fremden, das stumpfe Gedankengut, das damit einhergeht, und den Gebrauch nationalsozialistischer Gesten und Symbole. Wir vertrauen auf eine durchsetzungsfähige Polizei, das Strafrecht und einen professionellen Verfassungsschutz, um radikale Chaoten rechts und links in die Schranken zu weisen. Wir halten aber nichts davon, eine ganze Region mit schrillen Etikettierungen zu diffamieren. Viele Chemnitzer Bürger demonstrierten friedlich, Maß haltend. Wir sollten sie nicht durch falsche Zuschreibungen radikalieren, sondern sie im Dialog mit Empathie und Differenzierungsvermögen für verhältnismäßige und besonnene Lösungen gewinnen.«

Reinhold Würth, Ex-Chef des Schraubenherstellers Würth

»Ich mache mir große Sorge um unsere Demokratie: Die Nähe großer Teile der AfD zu braunem Gedankengut erinnert fatal an die Weimarer Zeit. Schließlich kam auch Adolf Hitler absolut demokratisch in seine Position – mit dem Resultat, das Land ins Verderben zu führen.«

Dieter Zetsche, Vorstandsvorsitzender Daimler

»Daimler ist ein globales und weltoffenes Unternehmen. Rassismus und Diskriminierung haben keinen Platz bei uns. Allein in Deutschland arbeiten in unseren Werken jeden Tag Menschen aus mehr als 140 verschiedenen Nationen erfolgreich zusammen. Toleranz ist ein elementares Grundprinzip für uns. Wir erwarten von allen unseren Mitarbeitern, dass sie ein-

ander mit Respekt, Offenheit, Vertrauen und Fairness begegnen. Wir beobachten diese Ausschreitungen mit Sorge. Jeder ist aufgerufen, der Radikalisierung entgegenzutreten, denn diese hat noch nie zu tragfähigen Lösungen geführt.«

Harald Christ, Ex-Ergo-Vorstand, SPD-Wirtschaftsforum

»Vielen Spitzenmanagern fehlt es an Courage. Wer Position bezieht, wird sichtbar, das wollen sich viele nicht antun und ducken sich lieber weg. Aber wir alle, auch die Unternehmen, leben von der Sicherheit einer stabilen Demokratie und tragen dafür Verantwortung. Die Angst, Käufer oder im Zweifel auch Mitarbeiter zu verprellen, darf dabei keine Rolle spielen.«

Hartmut Klusik, Personalvorstand Bayer

»Politischer Extremismus, welcher Art auch immer, hat in unserem Unternehmen keinen Platz und trifft auf unseren entschiedenen Widerstand. Dies gilt ausdrücklich auch im Zusammenhang mit der Diskussion über Flüchtlinge in Deutschland. Bayer war eines der ersten Unternehmen, das schon im Herbst 2015 aus eigener Initiative Maßnahmen zur Sprachförderung und beruflichen Integration junger Flüchtlinge ergriffen hat und diese bis heute fortsetzt. Vor wenigen Tagen hat die erste Geflüchtete, die 25-jährige Saeede Hashemi aus Afghanistan, ihre Berufsausbildung bei Bayer in Berlin erfolgreich abgeschlossen und ist vom Unternehmen übernommen worden. Die Ablehnung namentlich des Rechts-Extremismus ist unverändert Konsens in unserem Unternehmen.«

Gunnar Kilian, Personalvorstand VW

»Volkswagen ist ein global tätiges Unternehmen mit Kunden, Partnern, Produktionsstätten und Mitarbeitern rund um den Globus. Wir stehen für Respekt, Toleranz und Weltoffenheit. Diese Werte sind fester Bestandteil unserer Unternehmenskultur, auch vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte. Allein bei der Volkswagen AG in Deutschland arbeiten Männer und Frauen aus 114 Nationen friedlich und erfolgreich zusammen – Menschen aus Deutschland und vielen europäischen Ländern ebenso wie Menschen beispielsweise aus Syrien, Vietnam, aus Gambia oder Gabun. Wir stehen für eine Gesellschaft, die ihre Kraft aus Miteinander und konstruktiver Auseinandersetzung bezieht. Ausgrenzung und Feindseligkeit haben da für uns keinen Platz.«



Teilnehmer bei »Merkel muss weg«-Demo in Hamburg am vergangenen Mittwoch: »Wo sollen denn die Nazis sein?«

stellt, macht sie noch lange nicht zu einem Schaden für die Demokratie.

Die beiden Harvard-Professoren Levitsky und Ziblatt haben Indikatoren erarbeitet, anhand derer sie Parteien ausmachen, die zwar zur Wahl antreten, aber dann die demokratische Ordnung auflösen wollen. Als Indiz nennen sie etwa die »Leugnung der Legitimität politischer Gegner«, ein eindeutiges Merkmal der AfD. Keine parlamentarische Kraft verteuert ihre Gegner so aggressiv wie die Rechtspartei. Merkel gehöre »in eine Zwangsjacke«, sei eine »Diktatorin«, wolle das deutsche Volk »austauschen« – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Viele Beispiele lassen sich auch für das zweite Kriterium der Harvard-Forscher finden, nämlich dass die Partei bereit sein muss, »die Freiheiten von Opponenten, einschließlich der Medien, zu beschneiden«. Gaulands »FAZ«-Interview ist hier nur das jüngste Beispiel; die Mahnungen von AfD-Leuten, Journalisten mögen sich gefälligst »fair« verhalten, sonst drohe ihnen eines Tages Schlimmes, sind Legion.

Doch offene Aufrufe zur Gewalt wiederum, das dritte Kriterium der Harvard-Forscher, fehlen. Vielmehr werden AfD-Leute selbst oft Opfer brutaler Gewalt von links. Wenn sie selbst drohen, dann verknäueln, etwa wenn Gauland fordert, eine deutsch-türkische SPD-Politikerin gehöre »in Anatolien entsorgt«.

Am schwierigsten ist aber das vierte Indiz, nämlich die »Ablehnung demokratischer Spielregeln«. Schließlich ist die AfD wie andere Parteien durch Wahlen in die Parlamente gelangt und wird von vielen Anhängern gar als Retterin der Demokratie betrachtet. Man kann sagen, dass die AfD die weichen Regeln der Demokratie missachtet – Fairness im Umgang mit dem Gegner, Wahrhaftigkeit in der Argumentation, Toleranz anderer Ansichten und Lebensentwürfe.

Wie lautet also das Urteil?

Levitsky und Ziblatt kommen in ihrem Buch zu dem Schluss, dass Autokraten vor allem dann zum Zug kommen, wenn die Demokraten und die demokratischen Institutionen sich nicht entschieden genug wehren. Auch aus den Erfahrungen der Geschichte wurde die Bundesrepublik als wehrhafte Demokratie konzipiert. Sollte sich die AfD weiter radikalieren, muss sie beobachtet – und in letzter Konsequenz verboten werden.

Aber allein mit den Mitteln des Verfassungsschutzes lässt sich die Demokratie nicht bewahren. Zumal davon oft »keine großen Erkenntnisfortschritte zu erwarten sind«, wie der frühere Bundestagspräsident Norbert Lammert klagt (siehe Seite 20). Es ist nötig, dass die Bürger widersprechen, wenn Rechtsextreme ihre Parolen brüllen. Die Volksparteien müssen aber auch willens sein, das gesamte demokratische Meinungsspektrum abzudecken.

Merkel hat mit der Flüchtlingspolitik viele Wähler vor den Kopf gestoßen, und weil die SPD ihr dabei folgte, erhielt die AfD immer mehr Zulauf. Die beiden etablierten Volksparteien haben es der AfD sehr leicht gemacht.

Im Oktober will Dr. Dr. Rainer Rahn in den hessischen Landtag einziehen, ein konservativer, grauhaariger Mediziner im Ruhestand, der nichts gemein hat mit Demagogen wie Höcke. Sein politischer Weg führte Rahn von einer Wählerinitiative gegen Fluglärm über die FDP-Fraktion in Frankfurt bis zur AfD, der er schon beitrug, als an ihrer Spitze noch VWL-Professor Lucke gepflegte Eurokritik formulierte. Auch ist Rahn kein scharfzüngiger Redner, aber das muss er gar nicht sein.

»Die Stimmung spricht für uns«, sagt Rahn. »Wir brauchen eigentlich gar keinen Wahlkampf zu machen.«

Melanie Amann, Matthias Bartsch, Stefan Berg, Jan Friedmann, Annette Großbongardt, Hubert Gude, David Gutensohn, Martin Knobbe, Veit Medick, Katharina Meyer zu Eppendorf, René Pfister, Max Polonyi, Fidelius Schmid, Andreas Ulrich, Wolf Wiedmann-Schmidt, Steffen Winter

Video
Rechte Historie

spiegel.de/sp372018af4
oder in der App DER SPIEGEL



»Jähes Entsetzen«

CDU Der frühere Bundestagspräsident Norbert Lammert über die Gründe für den Aufstieg der AfD und die Konsequenzen aus dem unionsinternen Streit um die Flüchtlingspolitik

Fast 40 Jahre lang saß der gebürtige Bochumer Lammert, 69, als Abgeordneter im Bundestag, davon 12 als Parlamentspräsident. Seit diesem Jahr leitet er die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung.

SPIEGEL: Herr Lammert, sitzt mit der AfD eine rechtsextreme Partei im Deutschen Bundestag?

Lammert: Das ist mir zu pauschal. Aber dass sich die AfD während ihrer Zeit im Bundestag noch weiter von rechts nach rechts außen statt in die Mitte entwickelt hat, ist schwer zu übersehen.

SPIEGEL: Auch viele Christdemokraten fordern deshalb, die AfD vom Verfassungsschutz überwachen zu lassen. Stimmen Sie Ihren Parteifreunden zu?

Lammert: Ich kann dieser Debatte nicht viel abgewinnen. Es fällt mir schwer, von solchen Ermittlungen der zuständigen Sicherheitsbehörden große Erkenntnisfortschritte zu erwarten. Wenn ich mir die sehr übersichtlichen Ergebnisse des Verfassungsschutzes bei der Überwachung der NPD oder der Aufdeckung des NSU in Erinnerung rufe,

kann ich mir davon nicht sehr viel versprechen.

SPIEGEL: Offenkundig finden die Parteien aber keine anderen Instrumente, um die Rechtspopulisten kleinzuhalten. In manchen Umfragen ist die AfD inzwischen zur zweitstärksten politischen Kraft im Lande aufgestiegen, knapp vor der SPD. Wie konnte das passieren?

Lammert: Die AfD ist nicht vom Himmel gefallen. Inzwischen sind in Deutschland Große Koalitionen vom gelegentlichen Ausnahme- zum Dauerzustand geworden. Das erzeugt mit einer gewissen Zwangsläufigkeit das Bedürfnis nach lautstarken politischen Alternativen. Und wenn sich dann die passenden Themen anbieten, benötigt man keine komplizierten politischen Theorien, um die jüngsten Wahlergebnisse zu erklären.

SPIEGEL: Schon das Ergebnis der Bundestagswahl war eine Zäsur, aber seitdem legen die Rechtspopulisten in den Umfragen weiter zu. Während die Große Koalition die AfD noch größer macht, wird die Große Koalition selbst immer kleiner.

Lammert: Die erste Große Koalition in den Sechzigerjahren hatte noch eine Mehr-

heit von 90 Prozent der Mandate. Seitdem sind Große Koalitionen immer kleiner geworden. Wenn morgen Wahlen wären, hätte das aktuelle schwarz-rote Bündnis womöglich keine Mehrheit mehr. Es ist beinahe unvermeidlich, dass die Bündnisparteien in Großen Koalitionen wachsende Probleme haben, ihre eigene Stammkundschaft zu binden und Wechselwähler gewinnen zu können.

SPIEGEL: Das Resultat ist, dass die politischen Ränder gestärkt werden und die Kräfte in der Mitte schrumpfen. Sterben die Volksparteien aus?

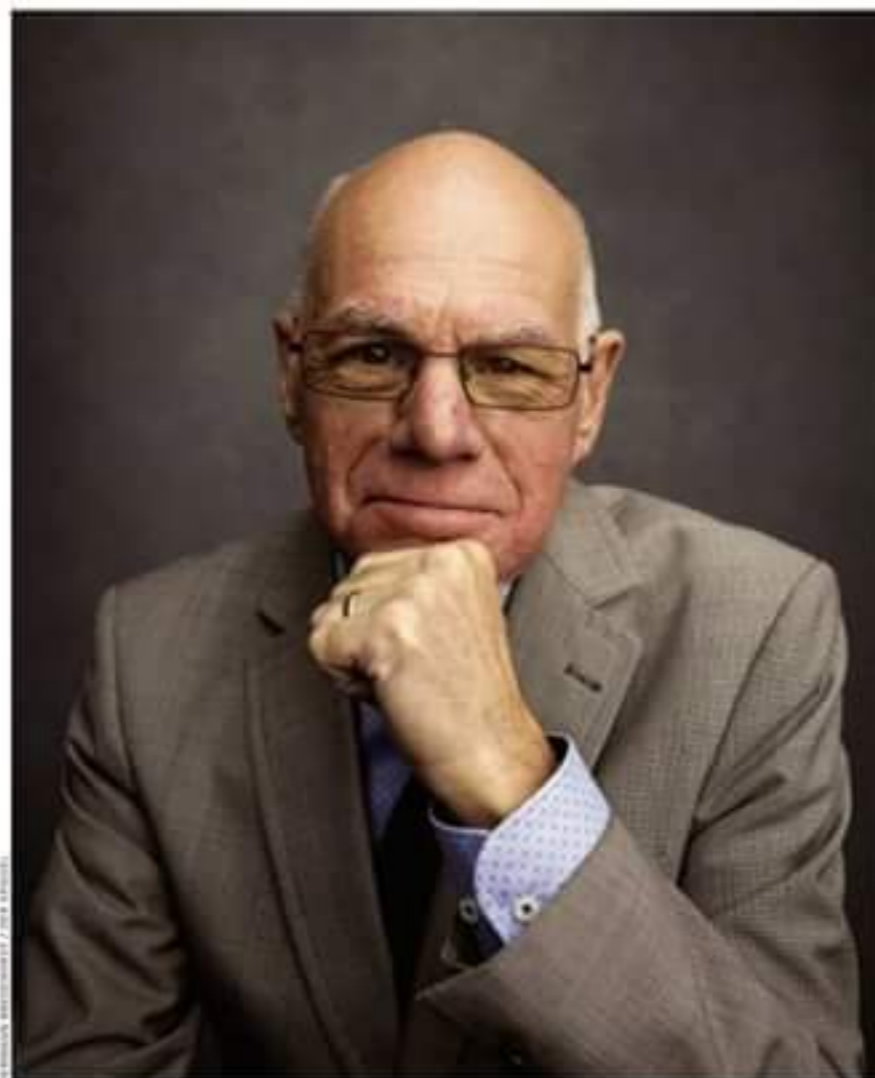
Lammert: In der Bundesrepublik dachte man über viele Jahrzehnte, das Dreiparteiensystem mit Union, SPD und FDP sei quasi Verfassungslage. Tatsächlich war es die Folge eines damals stabilen Wählerverhaltens. Das hat sich zuletzt drastisch geändert. Manches spricht für die Vermutung, dass die Union im Augenblick die letzte verbliebene Volkspartei ist. Jedenfalls laufen die Sozialdemokraten Gefahr, diesen Status zu verlieren, während die Grünen ihn zum ersten Mal in ihrer Parteigeschichte erobern könnten.

SPIEGEL: Kann ihnen das gelingen?

Lammert: Warum nicht? Ich habe noch den Start der Grünen im Deutschen Bundestag erlebt. Im Vergleich dazu waren alle Veränderungen, die später beim Einzug von der PDS beispielsweise, der Linkspartei und der Piraten oder jetzt der AfD in Landes- oder Bundesparlamente zu beobachten waren, stilistisch beinahe unauffällige Veranstaltungen. Die Strecke, die die Grünen seither hinter sich gebracht haben, ist allemal größer als die verbliebende Etappe zwischen Nischen- und Volkspartei.

SPIEGEL: Gegen die AfD aber finden auch die Grünen kein Mittel. Worauf führen Sie den Erfolg der Rechtspopulisten zurück?

Lammert: Die eigentliche falsche Weichenstellung wurde zu Beginn der letzten Legislaturperiode getroffen, als es für eine schwarz-grüne Koalition eine parlamentarische Mehrheit gab, die interessanterweise nicht an Vorbehalten in der Union, sondern aus Angst vor der eigenen Courage bei den Grünen gescheitert ist. Ich bin ziemlich sicher: Wenn es damals nicht wieder eine schwarz-rote, sondern eine schwarz-grüne Koalition gegeben und die SPD in die Opposition gekonnt und gemusst hätte, wäre dies für eine vitale par-



Christdemokrat Lammert: »Eine der heftigsten Selbstverstümmelungsaktionen der Union«

lamentarische Auseinandersetzung sicher besser gewesen, zumal bei den beiden großen Aufregungsthemen der vergangenen Legislaturperiode, der Griechenlandrettung und der Migration.

SPIEGEL: Eine schwarz-grüne Regierung hätte den Willkommenskurs gegenüber Flüchtlingen doch eher noch verstärkt.

Lammert: Die SPD hätte sich aber als Oppositionspartei sicher anders aufgestellt als in der Regierung. Stattdessen gab es nun für jenen beachtlichen Teil der Wählerschaft, der Vorbehalte gegen eine allzu großzügige Aufnahme von Flüchtlingen hatte, keine kräftigen Vertreter ihres Anliegen im Parlament. Denn die Politik der Großen Koalition wurde von Grünen und Linken ja als zu restriktiv und deshalb als inhuman kritisiert. In solch einer Situation sucht sich dann eine vorhandene legitime Erwartung in der Bevölkerung neue politische Repräsentanten, wenn sie unter den vorhandenen nicht gefunden werden.

SPIEGEL: Ist die CDU in den vergangenen Jahren also zu weit nach links gerückt?

Lammert: Nach den Untersuchungen der Adenauer-Stiftung zu den Einstellungen und Erwartungen von Parteimitgliedern und Wählern muss man die Frage für die beiden Gruppen unterschiedlich beantworten. Die Mitglieder würden die Aussage zu einem beachtlichen Anteil unterschreiben, die Wähler ganz überwiegend nicht. Mit anderen Worten: Hätte sich die CDU programmatisch so entwickelt, wie es ein Großteil ihrer Mitglieder erwartet, hätte sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht mehr, sondern weniger erhalten.

SPIEGEL: Die CSU sieht das offenbar anders. Ihre Parteiführung hat im Sommer einen Streit um die Kursbestimmung der Union vom Zaun gebrochen, der mit einem wenig überzeugenden Kompromiss zu Ende gegangen ist. Ist die Richtungsfrage in der Union damit beantwortet?

Lammert: Es fällt mir außerordentlich schwer, diesem Streit irgendeinen freundlichen Aspekt abzugewinnen. Es war eine der heftigsten Selbstverstümmelungsaktio-

nen der Union in ihrer langen gemeinsamen Geschichte. Wenn überhaupt, ist das erkennbar jähe Entsetzen der Beteiligten auf dem Höhepunkt ihrer Auseinandersetzung der einzige Nutzen, den man diesem völlig unsinnigen Streit abgewinnen kann.

SPIEGEL: Worin lag das Unsinnige des Konflikts?

Lammert: Die Union hat die Öffentlichkeit in ihrem Flüchtlingsstreit bei deutlich zurückgegangenen Zuwanderungszahlen mit der doppelten Nachricht konfrontiert, es gebe da ein weiter ungelöstes Problem, man sei aber auch nicht in der Lage, sich auf eine gemeinsame Lösung zu verständigen. Das hat das Vertrauen der eigenen Mitglieder und Wähler sicher nicht gestärkt. Man muss kein Wahlforscher sein, um auf diesen simplen Zusammenhang zu kommen.

SPIEGEL: Das klingt, als gäben Sie der CSU die Schuld.

Lammert: Ein fulminanter Familienstreit setzt immer mehrere Beteiligte voraus, und es hat auch immer irgendeiner angefangen. Diese Betrachtung finde ich müßig. Ich hoffe nur, dass wir das jetzt für die nächsten Generationen hinter uns haben.

SPIEGEL: Gebören CDU und CSU vielleicht einfach nicht mehr zusammen?

Lammert: Ich bin fest davon überzeugt, dass nichts einfacher, aber manches noch schwieriger würde, wenn die beiden Unionsparteien künftig bundesweit gegeneinander antreten würden. Das würde die Erosion unseres Parteiensystems nur beschleunigen und die Problemverarbeitungs-fähigkeit unserer parlamentarischen Demokratie gewiss nicht verbessern.

SPIEGEL: Trotzdem wird in der Union wie in der Republik weiter unerbittlich um die Entscheidungen des Jahres 2015 gestritten. Hat Angela Merkels Flüchtlingspolitik das Land gespalten?

Lammert: Statistisch ja. Zugleich hat die Politik der Bundeskanzlerin aber auch dazu beigetragen, das Problembewusstsein für ein Thema zu schärfen, das zu den Megathemen dieser Generation gehört. Die Gemütlichkeit, mit der wir diese Frage jahrelang schlicht nicht zur Kenntnis genommen haben, ist nun vorbei. Und bei allen lästigen Nebenwirkungen, die uns seither zu schaffen machen, kann man die unvermeidliche Konfrontation mit einer schwierigen und komplizierten Realität auch für eine Errungenschaft halten.

SPIEGEL: Wird es nach der nächsten Bundestagswahl noch Volksparteien geben?

Lammert: Ich hoffe ja, und ich vermute es auch. Wenn man für einen Augenblick auf unsere Nachbarländer blickt, in denen sich die traditionellen Parteiensysteme teilweise schon weitgehend aufgelöst haben, befinden wir uns in Deutschland noch immer in einer vergleichsweise guten Lage.

Interview: Melanie Amann, Michael Sauga



AFD-Politikerin Weidel: »Die Partei ist nicht vom Himmel gefallen«